Bild der Woche

Erstmals dürfen voll betreute Menschen ihre Kreuzchen machen

Hilpoltstein/epd Erstmals können die 38-jährige Tanja Meindl und der 73-jährige Rentner Günter Usbeck, beide Bewohner in rechtlicher Vollbetreuung der Behinderten-Einrichtung Auhof der Rummelsberger Diakonie im mittelfränkischen Hilpoltstein, an der Bundestagswahl teilnehmen (Foto: Tanja Meindl, Diakon Dietmar Bühling vom Pädagogischen Fachdienst im Auhof mit einer Wahlerklärung in leichter Sprache und Günter Usbeck (v.l.n.r.)). Lange Zeit waren sie vom Wahlrecht auf Bundesebene ausgeschlossen: Aber am 26. September dürfen in Deutschland Menschen mit einer Betreuung in allen Belangen den Bundestagswahl mitwählen. Rund 85 000 Menschen könnten ihr Wahlrecht wahrnehmen.

Foto: Thomas Tjiang/epd

Kirchen, seid mutiger und lauter!

Am 24. September lädt ein breites Bündnis von Klimaaktivist*innen zum globalen Klimastreik ein. Mit dabei ist „Christians4Future“. Die Gruppe entstand in der For-Future-Bewegung, um den Einsatz für Klimagerechtigkeit stärker in die Kirchen zu tragen. Bei einem bundesweiten Aktionstag am 16. September übergaben sie ihre Forderungen an 37 Bischöfe von Landeskirchen und Bistümern. Welche das sind, darüber sprach Sibylle Sterzik mit Yvonne Berlin von Christians4Future.

16. September: Übergabe der Forderungen von Christians4Future an Bischof Christian Stäblein. Von links nach rechts: Georg Wagener-Lohse, Marion Resch, Maike Lorenz, Yvonne Berlin, Nasrin Büttner, Bischof Christian Stäblein, Kerstin Jage-Bowler. Foto: privat

Frau Berlin, wer sind Christians4 Future und wofür setzen sie sich ein?

Christians4Future sind eine bundesweit organisierte Schwesterbewegung zu Fridays For Future (FFF), mit vielen einzelnen Ortsgruppen. Als Christ*innen sehen wir es als unsere Pflicht an, uns für die Bewahrung der Schöpfung, für die Erhaltung und Wiederherstellung einer lebensförderlichen Klimagerechtigkeit für alle Menschen, Tiere und Pflanzen einzusetzen. Wir haben die Verpflichtung, die achtsamen Gärtner*innen dieser Welt zu sein und das Thema Klimakrise direkt in die Kirchen und Gemeinden zu tragen.

Am 16. September übergaben Sie Forderungen an evangelische und katholische Bischöfe. Was fordern Sie von den Kirchen?

Dazu haben wir zwölf Forderungen erarbeitet, die im Wesentlichen drei Punkte umfassen: 1.) Die Kirchenleitungen sollen sich mit ihren klimapolitischen Positionen mutiger und lauter in die politische und gesellschaftliche Debatte einbringen, 2.) Sie sollen ihr eigenes Handeln umstellen, zum Beispiel selber bis 2030 klimaneutral werden und vollständiges, öffentliches Divestment, das die EKBO schon umsetzt, durchführen. 3.) Klimagerechtigkeit soll in der Pastoral- und Bildungsarbeit sowie in der Liturgie wesentlich stärker betont werden.

Welche konkreten Maßnahmen sollten Gemeinden oder Kirchenkreise jetzt auf den Weg bringen?

Unsere Forderungen richten sich an die Landeskirche, aber natürlich wird es am Ende in der Umsetzung oft auf die Gemeinden ankommen. Konkrete Maßnahmen für Gemeinden oder Kirchenkreise können sein, die Schöpfungsverantwortung verstärkt spirituell zu verankern und geistliche Angebote zu schaffen, in denen das Thema aufgegriffen wird. Wir bieten dazu unter anderem Klimaandachten und Klimavorträge an. Eine weitere wichtige Maßnahme ist, die Kirchenleitungen als Vorbild mit in die Umsetzung der Umweltbüros/Umweltbeauftragten und uns als Aktivist*innen sowie Gemeindeglieder einzubinden. Alle kommen an einem Tisch zusammen und gehen Schritt für Schritt die Umsetzung der Maßnahmen durch. Die Gemeinden sollen sich auch mit ihren Emissionen beschäftigen und Haushaltsmittel so einsetzen, dass die Emissionen gesenkt werden.

Was erhoffen Sie sich von der Kampagne, damit sie erfolgreich ist?

Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass es einen Aufbruch zu einem wirklich ambitionierten, am 1,5 Grad Ziel orientierten Eintreten für Klimagerechtigkeit gibt – politisch aber auch durch Nachschärfen der Ziele der EKD und der Landeskirchen. Wir hoffen aber auch, dass dies zu einem Aufbruch in den Gemeinden beiträgt, ohne die, die Landeskirchen nicht viel umsetzen können.

Arbeiten Sie mit den landeskirchlichen Umweltbeauftragten oder Umweltbüros zusammen?

Wir bemühen uns um gute Zusammenarbeit mit den Umweltbeauftragten, die ja letzten Endes dasselbe Ziel wie wir haben.

Christians for Future nimmt teil am Klimastreik am 24. September. Was planen Sie und wo kann man sich Ihnen anschließen?

Es gibt bundesweit Aktionen, an denen sich die Christians4Future mit allen anderen Schwesterbewegungen beteiligen. Als Koordinatorin für den interreligiösen und interkulturellen Glaubensblock in Berlin darf ich herzlich dazu einladen, uns am 24. September personell zu verstärken. Wir treffen uns um 11.30 Uhr am Bundestag, damit wir ab 12 Uhr im großen For-Future-Bündnisblock mit Bannern, Fahnen und Plakaten gemeinsam unserem Protest Ausdruck verleihen können – und nebenbei gleich ein bisschen „networking“ betreiben. Das wird gut, schenkt Zuversicht, Hoffnung und eine starke Gemeinschaft, die für den Wahlsonntag nicht unwichtig ist.

Alle Streikorte: www.klima-streik.org
Die EKBO und ihr Umweltbüro unterstützen den Klimastreik: www.ekbo.de/wir/umwelt-klimaschutz/themen-projekte/church-for-future. Dort gibt es auch Entwürfe für Gebet und Andachten.

+ + + News-Ticker + + +

+ + + Das Bistum Aachen will **zwei Kirchen im rheinischen Braunkohlegebiet entwidmen**. Die Gemeinde Christkönig bereite sich auf die Umsiedlung vor und habe bereits alle kirchlichen Gebäude in Keyenberg, Beverath, Kuckum, Ober- und Unterwestrich an RWE Power verkauft, weil die Orte dem Braunkohletagebau weichen sollten + + + Papst Franziskus erinnerte bei einem Besuch des Holocaust-Mahnmals in der Hauptstadt Bratislava an die mehr als 100 000 während des Zweiten Weltkriegs **ermordeten slowakischen Juden** + + + Mit einem Platz erinnert die Stadt Nürnberg an **Enver Simsek**, das erste Mordopfer der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU + + + Eine Woche vor der Bundestagswahl haben am vergangenen Samstag in Berlin mehrere Tausend Abtreibungsgegner mit einem **„Marsch für das Leben“** für einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens demonstriert + + + Der Kartenverkauf zum 102. **Deutschen Katholikentag in Stuttgart** ist gestartet. Unter dem Leitwort „leben teilen“ werden von 25. bis 29. Mai 2022 zehntausende Teilnehmende erwartet + + +

Interkulturelle Woche 2021 startet in Rostock

Rostock/epd Mit einem Bürgerfest und einem ökumenischen Gottesdienst wird die „Interkulturelle Woche“ am 26. September in Rostock eröffnet. Bundesweit sind rund 5 000 Veranstaltungen in mehr als 500 Orten geplant. Das Motto 2021 lautet #offengeht. Die Vielfalt der Kulturen und Religionen sei ein großer Reichtum, sagte der Greifswalder Bischof Tilman Jeremias. Die „Interkulturelle Woche“ biete die Möglichkeit, sich zu begegnen, miteinander zu feiern und übereinander zu staunen. Christen seien aufgerufen, anderen Menschen mit Respekt und Toleranz zu begegnen, ergänzte Weihbischof Horst Eberlein aus Hamburg. Das gelte unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder Kultur. Die jährliche „Interkulturelle Woche“ ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der EKD und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Getragen wird sie von Kommunen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Migrantenverbänden sowie zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Meldungen

Präses Kurschus: Lebendige Demokratie braucht Teilnahme

Bielefeld/epd Die westfälische Präses Annette Kurschus ruft die Bürgerinnen und Bürger zur Stimmabgabe bei der Bundestagswahl am 26. September auf. Lebendige Demokratie brauche Teilnahme, betonte Kurschus. „Wir sollten unsere Stimme abgeben und damit die Möglichkeit nutzen, an einem System politischer Pluralität und Freiheit mitzuwirken.“ Christen und Christinnen sollte es ihrer Ansicht nach dabei nicht nur um die eigenen Interessen gehen. „Das Evangelium richte ein besonderes Augenmerk auf die Schwachen unserer Gesellschaft: Arme, Ausgegrenzte, Fremde, Kranke, Kinder“, erklärte die Theologin und stellvertretende Ratsvorsitzende der EKD.

Lutherische Kirche Lettlands verlässt GEKE

Lettland/dk Die Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands tritt aus der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) aus und will sich dem theologisch konservativen Internationalen Lutherischen Rat (ILC) anschließen. Auf der 28. Synode im August in Roja votierten 198 Synodale bei zehn Gegenstimmen und elf Enthaltungen für den Austritt aus der GEKE. Das meldete der Nachrichtendienst Östliche Kirchen (NÖK) online. Hauptgrund für den Austritt der ELKL aus der GEKE sollen die Auseinandersetzungen über die Abschaffung der Frauenordination sein, welche die ELKL 2016 beschlossen hatte. Für diesen Entscheid war die ELKL von mehreren Mitgliedskirchen der GEKE kritisiert worden, so der NÖK.

Bedford-Strohm: Ungeimpfte nicht ausgrenzen

Köln/epd Der Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, hat dazu aufgerufen, ungeimpfte Menschen nicht auszugrenzen. Es sei aus seiner Sicht falsch, Ungeimpfte pauschal als Egoisten abzustempeln, sagte er im Deutschlandfunk. Vielmehr gelte es, die unterschiedlichen Motive zu beachten, warum sich jemand nicht gegen das Coronavirus impfen lassen wolle. Neben Verschwörungstheoretikern gebe es auch Menschen, „die aus bestimmten Gründen einfach Angst vor Eingriffen in ihren Körper haben“, sagte er.

EU-Resolution gegen Diskriminierung von LGBTIQ

Brüssel/Straßburg/epd Das Europaparlament hat sich in einer Resolution gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten gewandt und dabei auch die drei EU-Mitgliedstaaten Rumänien, Polen und Ungarn scharf kritisiert. Der Text über die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender oder transsexuellen, intersexuellen und queeren Menschen (LGBTIQ) wurde mit 387 Stimmen und 161 Gegenstimmen bei 123 Enthaltungen angenommen, wie Vizeparlamentspräsident Rainer Wieland (CDU) am 14. September in Straßburg mitteilte.

So erreichen Sie die Redaktion
Telefon: (030) 28 87 48-14
Fax: (030) 28 87 48 20
E-Mail: redaktion@wichern.de